

Rathaus - Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Donnerstag, 10. Juli 1969

Blatt 1916

Untersuchung der Wiener Rinder

=====

10. Juli (RK) Eine Verordnung des Landeshauptmannes, die im neuen Landesgesetzblatt von Wien erschienen ist, beschäftigt sich mit der periodischen Untersuchung von sogenannten bangfreien Rinderbeständen auf Brucellose. Die Verordnung ist mit 1. Juli in Kraft getreten.

Das Landesgesetzblatt ist um einen Schilling im Drucksortenverlag der Stadthauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27 a, erhältlich.

- - -

85. Geburtstag von Albert Defant
=====

10. Juli (RK) Am 12. Juli vollendet der Meteorologe und Geophysiker Univ.-Prof. Dr. Albert Defant das 85. Lebensjahr.

Er wurde in Trient geboren und studierte in Innsbruck Mathematik, Geophysik, Astronomie und Geographie. 1909 erfolgte seine Habilitierung an der Wiener Universität, 1919 seine Berufung an die Universität Innsbruck. Von 1927 bis 1945 war er Direktor des Instituts für Meereskunde in Berlin. 1945 kehrte er wieder in seinen früheren Wirkungskreis an die Universität Innsbruck zurück, in dem er als Lehrkanzelinhaber und Direktor des Instituts für Meteorologie und Geophysik bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1955 verblieb. Prof. Dr. Albert Defant, der auf seinen Arbeitsgebieten Bahnbrechendes geleistet hat und internationale Anerkennung genießt, ist wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Der Bürgermeister richtete an den Jubilar ein in herzlichen Worten gehaltenes Glückwunschsreiben.

- - -

Musikveranstaltungen in der Woche vom 14. bis 20. Juli
 =====

10. Juli (RK)

Montag, 14. Juli:

- 17.00 Uhr, 3. Bezirk, Oberer Belvedere-Garten, Kulturamt der Stadt Wien: 2. Promenadekonzert; Wr. Konzertorchester, Dirigent und Solist Jaro Schmied (Werke von Johann Strauß, Josef Strauß, Jacques Offenbach, Franz Lehár, Emdund Eysler, Paul Abraham und Vittorio Monti)
- 20.00 Uhr, Palais Rasumofsky, Kulturamt der Stadt Wien: 6. Palaiskonzert; Haydn-Trio (J. Haydn: Trio C-Dur; Beethoven: Trio B-Dur op. 11; Schubert: Trio B-Dur op. 99)

Dienstag, 15. Juli:

- 17.30 Uhr, 15. Bezirk, Märzpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien
- 17.30 Uhr, 21. Bezirk, Wasserpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe
- 20.00 Uhr, Wiener Rathaus, Arkadenhof, Kulturamt der Stadt Wien: 5. Orchesterkonzert; Wr. Symphoniker, Dirigent Erich Waglechner; Solist Ernst Hoffmann, Posaune (Haydn: Symphonie Nr. 97 C-Dur; Milhaud: Concertino d'hover; Dvořák: 3. Symphonie Es-Dur op. 10)

Mittwoch, 16. Juli:

- 17.30 Uhr, 11. Bezirk, Herderpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien
- 19.00 Uhr, Dom St. Stephan, Orgelkonzert
- 20.00 Uhr, Palais Schwarzenberg, Kulturamt der Stadt Wien: 7. Palaiskonzert; Aurora Natola, Cello - Kurt Rapf, Klavier (Eccles: Sonate g-Moll; Beethoven: Sonate Nr. 4 op. 102/1; Schumann: 5 Stücke im Volkston op. 102; Debussy: Sonate; Strawinsky: Suite Italienne)

Donnerstag, 17. Juli:

- 17.00 Uhr, 1. Bezirk, Volksgarten, Kulturamt der Stadt Wien: 3. Promenadekonzert; Wr. Konzertorchester, Dirigent und Solist Jaro Schmied (Werke von Johann Strauß, Josef Strauß, Franz v. Suppé, Karl Komzak, Emmerich Kálmán, Jules Massenet und Rudolf Bibl)
- 17.30 Uhr, 12. Bezirk, Steinbauerpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe
- 17.30 Uhr, 16. Bezirk, Kongreßpark, Kulturamt der Stadt Wien: Konzert der Polizeimusik Wien
- 20.00 Uhr, Palais Lobkowitz, Kulturamt der Stadt Wien: 8. Palaiskonzert; Liederabend Rudolf Knoll (Bariton), am Flügel Friederike Grünfeld (Brahms, H. Wolf, Einem, R. Strauss)

Freitag, 18. Juli:

- 17.30 Uhr, 10. Bezirk, Paltramplatz, Kulturamt der Stadt Wien:
Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe
- 17.30 Uhr, 20. Bezirk, Allerheiligenplatz, Kulturamt der Stadt
Wien: Konzert der Polizeimusik Wien
- 20.00 Uhr, Wr. Rathaus, Arkadenhof, Kulturamt der Stadt Wien:
6.Orchesterkonzert; Wr.Symphoniker, Dirigent Ladislaus
Vrady (Mozart: Ouverture zu "Der Schauspieldirektor";
Beethoven: 8.Symphonie F-Dur op.93; Walzel: Adagio aus
dem Tryptichon für Streichorchester und Harfe; Mendels-
sohn: 4.Symphonie A-Dur op.90)

Sonntag, 20. Juli:

- 20.00 Uhr, Karlskirche, Institute of European Studies: Chorkonzert;
Concordia Yourth Chorale
- 20.00 Uhr, Theater an der Wien, Theater an der Wien-Gesellschaft:
Operettenkonzert; Orchester des Theaters an der Wien,
Gerda Scheyrer, Marion Briner, John van Kesteren und
Rudolf Wasserlof (Gesangssolisten), Dirigent Rudolf
Bibl (Strauß, Suppé, Lehár, Kálmán u.a.)

- - -

Konstituierung des Disziplinarkollegiums

=====

10. Juli (RK) Unter Vorsitz von Bürgermeister Bruno
Marek konstituierte sich heute früh das neue Disziplinar-
kollegium des Wiener Gemeinderates. In die Funktion des Vor-
sitzenden wurde Gemeinderat Hans Mayr (SPÖ) gewählt. Erster
Vorsitzender-Stellvertreter ist Gemeinderat Josef Windisch
(SPÖ), Zweiter Vorsitzender-Stellvertreter Gemeinderat Karl
Mühlhauser (ÖVP). Das Disziplinar kollegium besteht aus neun
Mitgliedern und neun Ersatzmitgliedern. Die Wahl erfolgt auf
die Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates.

- - -

Wiener Gemeinderat
=====Bürgermeister Marek: Auch in Zukunft auf dem Boden der Verfassung!

10. Juli (RK) Zu Beginn der heutigen Sitzung des Wiener Gemeinderates (Vorsitz Gemeinderat Dr. Alfred Gisel, SPÖ) meldete sich Bürgermeister Bruno Marek zu einer Stellungnahme zu Wort. Der Wiener Bürgermeister nahm dabei auf die Vorgänge vom 13. Juni Bezug, die zur Entfernung von Gemeinderat Franz Olah geführt hatten. Er betonte mit allem Nachdruck, daß er auch in Zukunft auf dem Boden der Verfassung stehen und deren Bestimmungen gegenüber jedermann anwenden werde, ohne Ansehen der Person oder der Parteizugehörigkeit!

Vorher hatte der Vorsitzende bei der Mitteilung über die entschuldigten Gemeinderäte darauf hingewiesen, daß Gemeinderat Olah gemäß Paragraph 14, Abs. 4 der Stadtverfassung an der Sitzung nicht teilnimmt.

Die Erklärung des Bürgermeisters

"Meine Verfügungen, bei der am 13. Juni stattgefundenen Sitzung des Wiener Gemeinderates haben in weiten Teilen der Öffentlichkeit zu verschiedenen Reaktionen geführt. Ich fühle mich daher verpflichtet, zu dieser meiner Vorgangsweise vor Eingang in die Tagesordnung eine Erklärung abzugeben.

Einige Tage vor der am 13. Juni stattgefundenen Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde ich von verschiedenen Seiten vollkommen unabhängig voneinander informiert, daß Gespräche geführt werden, denen zufolge Gemeinderat Franz Olah die Bestimmung der Wiener Verfassung nicht zur Kenntnis nehmen wird, entgegen seiner am 6. Juni abgegebenen Gelöbniserklärung. Ich sah mich - wie erinnerlich - dem Problem gegenüber, daß ein Mitglied des Wiener Gemeinderates - also entgegen der Verfassung - den Sitzungen des Gemeinderates weiter beizuwohnen die Absicht hat und darüber hinaus dieser Gemeinderat die Verfassungsmäßigkeit der in Rede stehenden Bestimmungen zu ignorieren die Absicht hat.

./.

Tatsächlich ist Gemeinderat Franz Olah zur Gemeinderatssitzung erschienen. Nach Eröffnung der Sitzung habe ich unter Bezug auf § 14, Abs. 4, der Wiener Stadtverfassung Gemeinderat Franz Olah ersucht, den Sitzungssaal zu verlassen. Ich bringe in Erinnerung, daß der Genannte, obwohl ich meine Aufforderung wiederholte, erklärte, er werde den Sitzungssaal nicht verlassen. Ich habe die Sitzung unterbrochen.

Ich stand nun vor einer schwerwiegenden Entscheidung: Sollte ich mein Gelöbnis verletzen sollte ich einfach tolerieren, daß die Bestimmungen unserer Stadtverfassung mißachtet und nicht zur Kenntnis genommen werden oder sollte ich, auf dem Boden unserer Verfassung stehend, Verfügungen treffen, um dem Gesetz Geltung zu verschaffen.

Ich habe mich entschlossen, als Bürgermeister und Hausherr von meinem Hausrecht Gebrauch machend, Mitglieder der Rathauswache aufzufordern, Franz Olah zum Verlassen des Saales zu bestimmen.

Ich glaube kaum, daß in diesem Saal und auch außerhalb es ein rechtlich denkender Mensch gut geheißen hätte, wenn ich die Verfassung, die einzuhalten ich gelobt habe, beiseite geschoben hätte.

Ich habe nachher mit verschiedenen Repräsentanten des öffentlichen Lebens sprechen können, auch mit einem sehr prominenten Mitglied der österreichischen Bundesregierung, der mir versicherte, daß meine Vorgangsweise nicht nur formaljuristisch gedeckt war.

(Zwischenruf bei der ÖVP: Wer war das?) Bürgermeister Marek repliziert, daß er Äußerungen respektiere, die im privaten Gespräch gemacht werden.

Abschließend erklärte der Bürgermeister: "Ich richte an Sie den Appell, getreu Ihrem Gelöbnis nach § 16 der Stadtverfassung die Bestimmungen unserer Verfassung zu respektieren und deren Anwendung als verpflichtende Aufgabe zu betrachten. Ist es nicht besorgniserregend, daß es Stimmen gibt, die mir als dem verantwortlichen Bürgermeister zumuten, ich solle mein Gelöbnis beiseite schieben und die Bestimmungen der Stadtverfassung nicht anwenden. Ich warne davor, den Boden der Legalität zu verlassen.

./.

Ich versichere mit allem Nachdruck, daß ich auch in Zukunft auf dem Boden der Verfassung deren Bestimmungen gegenüber jedermann anwenden werde, ohne Ansehen der Person oder der Parteizugehörigkeit. (Beifall bei der SPÖ. - Gemeinderat Hans Mayr, SPÖ: Die Einhaltung der Verfassung ist der ÖVP nicht recht! - Gemeinderat Dr. Franz Bauer, ÖVP: Superdemokrat Mayr!)

Der Vorsitzende, GR. Dr. Gisel, erteilt hierauf Gemeinderat Dr. Otto Tuma (DFP) das Wort, wobei er bemerkt, daß die Redezeit fünf Minuten beträgt. Der Redner interpretiert die Gelöbnisformel dahingehend, daß von der Einhaltung der österreichischen Gesetze und der Gesetze der Stadt Wien die Rede sei. Das Gelöbniß umfasse nicht nur die Stadtverfassung, sondern alle österreichischen Gesetze. Die Stadtverfassung stehe aber im Widerspruch zur Bundesverfassung und so sei Gemeinderat Olah vor dem Gewissenskonflikt gestanden, welche Gesetze er befolgen solle. Er glaube daher nicht, daß Gemeinderat Olah ein Gesetz gebrochen habe, doch werde darüber der Verfassungsgerichtshof entscheiden.

Die Rede von GR. Dr. Tuma wurde wiederholt von Zwischenrufen aus den Bänken der SPÖ unterbrochen. Gemeinderat Hans Mayr ruft: Kein Respekt vor der Verfassung! Darauf repliziert Dr. Tuma, die SPÖ hätte keinen Respekt vor der Demokratie. Gemeinderat Windisch, SPÖ: Frechheit!

Als nächster Redner meldet sich GR. Dr. Schmidt (FPÖ) zu Wort. Der Vorsitzende erteilt ihm zuerst das Wort, zieht aber dann die Wortmeldung zurück, weil kein Antrag auf Debatte vorlag. Dr. Schmidt geht zu seinem Platz zurück, ruft aber dann: Ich stelle den Antrag, über die Mitteilung des Bürgermeisters eine Debatte abzuführen. Darüber läßt der Vorsitzende abstimmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Hierauf wird Dr. Schmidt vom Vorsitzenden neuerlich das Wort erteilt, jedoch wieder zurückgezogen, weil nach der Geschäftsordnung die Debatte darüber am Schluß der Sitzung abzuhalten ist. Gemeinderat Dr. Schmidt ruft: Ich muß feststellen, daß Sie die Geschäftsordnung nicht kennen! Gemeinderat Peter, FPÖ: Ich protestiere gegen die Art der Geschäftsführung!

Folgende Anträge lagen vor: Von der FPÖ "betreffend Angleichung der Dienstzeit der Gemeindebediensteten an die im Bundesdienst übliche Arbeitszeit", von der ÖVP betreffend "die Zusammenstellung der Beteiligungen der Bundeshauptstadt Wien".

Die FPÖ hatte ferner einen Antrag, betreffend "das Verhalten des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien am letzten Sitzungstag des Gemeinderates" eingebracht und gemäß § 18 der Geschäftsordnung die dringliche Behandlung verlangt. Über dieses Verlangen wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung abgestimmt werden.

Rechnungsabschluß

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) referierte über den Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1968 und den Bericht des Kontrollamtes dazu. Er stellte zunächst fest, daß von dem Recht der öffentlichen Einsichtnahme 19 Wiener und drei Wienerinnen Gebrauch machten.

Als der Voranschlag im Herbst 1967 für das Jahr 1968 erstellt wurde, stand die heimische Wirtschaft im Zeichen einer Konjunkturschwäche, die sich auch auf das Jahr 1968 zu erstrecken schien. Eine vorsichtige Einnahmenschätzung war daher notwendig. Glücklicherweise konnte unsere Wirtschaft die Konjunkturschwäche überwinden. Das Institut für Wirtschaftsforschung rechnet mit einem Anwachsen des Bruttonationalproduktes - unter Außerachtlassung der Land- und Forstwirtschaft - um 4,1 bis 4,6 Prozent gegenüber 1,7 Prozent im Vorjahr. Hauptträger des Konjunkturaufschwunges ist die Industrieproduktion mit einem Zuwachs von 7,2 Prozent.

Der günstigen Einnahmeentwicklung stehen allerdings erhebliche Mehrausgaben gegenüber, wie beispielsweise zusätzliche Mittel im Ausmaß von 180 Millionen Schilling für Wohnbaudarlehen an gemeinnützige Bauträger, 40 Millionen Schilling für den Sozialen Wohnhausbau. Dieser Betrag erhöhte sich auf 72 Millionen, und 105 Millionen Schilling kamen für Stundungen der Eigenmittel hinzu.

Ebenso erforderte das vom Wiener Gemeinderat im März 1968 beschlossene zusätzliche Investitionsprogramm 88,3 Millionen Schilling. Durch Darlehen an den Bund zum weiteren Ausbau der Schnellbahn (wobei der Zinsendienst zur Gänze von der Stadt Wien übernommen wurde), kam es zu Mehrausgaben von 87,5 Millionen Schilling, durch die vorzeitige

Rückzahlung eines D-Mark-Kredites von 128,4 Millionen Schilling und durch die Aufnahme einer Inlandanleihe sowie einer weiteren D-Mark-Anleihe zu Mehrausgaben von 289,2 Millionen Schilling.

Insgesamt ergaben sich gegenüber dem im Dezember 1967 vom Gemeinderat beschlossenen Voranschlag für das Jahr 1968, der Einnahmen von 11,458,8 Millionen Schilling und Ausgaben von 11.734,1 Millionen Schilling vorsah, tatsächliche Einnahmen von 12.775,2 Millionen Schilling und Ausgaben von 12.743,1 Millionen Schilling.

32,1 Millionen Schilling wurden der allgemeinen Rücklage zugeführt. Damit überschreitet der Stand der allgemeinen Rücklage erstmals die Milliardengrenze. Doch darf nicht übersehen werden, daß die "Rathausmilliarde" heute nur 7,9 Prozent der Gesamtausgaben deckt, während durch sie die Ausgaben in den Jahren 1953 bis 1956 bis zu 22 Prozent sichergestellt waren.

Bei der Aufteilung der Ausgaben ergibt sich folgendes Bild: Auf den Personalaufwand entfallen 3.362 Millionen Schilling (28,4 Prozent), auf den Sachaufwand 5.222,7 Millionen Schilling (44,1 Prozent) und auf die Investitionen 3.259,3 Millionen (27,5 Prozent).

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Voranschlag um 95,1 Millionen gestiegen: Der Grund ist in der Bezugsregelung vom 1. Jänner 1968 zu sehen. Das aktive Personal belief sich am Jahresende auf 35.189 Bedienstete und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 251 gestiegen. Das gleiche gilt für den Stand der Pensionisten, der sich um 250 auf 17.817 erhöhte.

Bei den Mehraufwendungen für den laufenden Sachaufwand (203,3 Millionen Schilling) sind unter anderem die erhöhten Kosten für Arzneimittel und Verbandstoffe "schuld".

Besondere Bedeutung für die Wiener Wirtschaft haben die Investitionen. Die Steigerung gegenüber dem Voranschlag beträgt 315,5 Millionen (10,7 Prozent). Das Baugewerbe und die Baunobengewerbe sind daran mit 3.913,3 Millionen Schilling beteiligt, das sind nicht weniger als 33 Prozent der bereinigten Gesamtausgaben.

Von den Investitionen sind einige Posten besonders erwähnenswert: 109,6 Millionen für allgemeinbildende Pflichtschulen, 243,1 Millionen für die Errichtung von Heizzentralen und den Bau von Fernheizleitungen. Der größte Posten ist der Wohnhausbau mit 1.150,7 Millionen Schilling für 5.312 Wohnungen. Die geförderten Wohnungen sind natürlich nicht berücksichtigt.

Der Straßenbau hat Investitionen von 193 Millionen Schilling nötig gemacht. Für den Brücken- und Wasserbau wurden 167,1 Millionen Schilling ausgegeben. Bei den Ausgaben für die Wasserwerke (168,7 Millionen Schilling) ist der größte Posten von 55 Millionen Schilling für die Fassung und Ableitung der Sieben Quellen ausgegeben worden. Die Bäder erhielten 33,7 Millionen Schilling, wovon 3,4 Millionen bereits für die Vorarbeiten zum Bau des neuen Dianabades bestimmt waren.

Die Grundankäufe der Stadtverwaltung waren natürlich ebenfalls wieder ein beachtlicher Posten: Sie betragen 345,3 Millionen Schilling.

Durch die Aufnahme der Anleihen 1968 in Höhe von 789,2 Millionen, ferner durch die Aufnahme von Darlehen zur Weitergabe an den Bund für den weiteren Ausbau der Schnellbahn und für aufgenommene Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds, ist der Stand der Anlehens- und Darlehensschulden von 4.034,1 Millionen auf 4.737,4 Millionen gestiegen.

Auch auf dem kulturellen Sektor und für das Schulwesen waren die Ausgaben höher als veranschlagt. Im Jahr 1968 wurde der Neubau von 14 Schulen fortgesetzt und mit dem Bau elf weiterer begonnen. Durch die günstigen Geburtenzahlen ist der Schülerstand weiter gestiegen. Bei den Kindertagesheimen wird der Ausbau gleichfalls fortgesetzt. Die Zahl der Gruppen konnte um zehn auf 740 erhöht werden. In der Wohlfahrtspflege entstanden Mehrausgaben durch die Erhöhung der Richtsätze für die Dauerunterstützungen, durch die Gewährung von Mietzinsbeihilfen und die Hilfsaktion für tschechoslowakische Flüchtlinge.

Bei den städtischen Wohlfahrtsanstalten einschließlich der Lehrlings- und Altersheime erhöhte sich der aus laufenden Steuermitteln zu tragende Abgang gegenüber dem Voranschlag um 119,7 Millionen auf 1.356 Millionen. Der Referent verweist darauf, daß ein Schiedsgericht angerufen wurde, in welche Höhe nunmehr die Verpflegskosten mit den Sozialversicherungsträgern festgesetzt werden können. Der Personalstand bei den Anstalten stieg um 389 Personen, so daß eine leichte Entspannung eingetreten ist.

Wie aus dem Rechnungsabschluß hervorgeht, betragen die Aktiven 12.914,3 Millionen, die Passiven 7.501 Millionen, so daß sich ein Geldvermögen der Stadt Wien von 5.413,3 Millionen ergibt, das sind 375,9 Millionen mehr als im Jahr vorher. Das Vermögen der Städtischen Unternehmungen ist mit 2.572,4 ausgewiesen.

Der Kontrollamtsbericht

Im Kontrollamtsbericht kommt deutlich zum Ausdruck, daß dessen Anregungen auf fruchtbaren Boden fielen. Es wird weiters darauf verwiesen, daß bei der Erstellung ein Gebarungsabgang von 275 Millionen vorgesehen war, daß wir das Jahr 1968 jedoch mit einem Überschuß von 32 Millionen abschließen konnten. Durch diese Rücklagenbildung wird es ermöglicht, plötzliche Erfordernisse leichter abdecken zu können. Das Kontrollamt stellt jedenfalls für das Jahr 1968 die Ordnungsgemäßheit der Verwaltung fest, wenn auch bei so einem großen Verwaltungskörper gelegentliche Unzukömmlichkeiten nicht völlig auszuschalten sind.

Debatte zum Rechnungsabschluß

GR. Müller (DFP) findet vieles nicht ordnungsgemäß und schiebt dies vor allem den nicht vorhandenen Koordinierungsplan zu. So sei besonders beim Bauwesen die immense Rücklagenhöhe auffällig. Bei den Abgaben sei es nicht besser: 200 Millionen mehr als im Voranschlag. Namens der DFP versagt er dem Bericht seine Zustimmung.

GR. Dr. Tuma (DFP) stellt den Bericht als Rechtfertigungsversuch für die Gebarung 1968 hin, bei dem es nur der Form halber Beanstandungen gäbe. Er rügt Formfehler, vage Angaben und wünscht mehr konkrete Informationen. "Das Kontrollamt stellt nur Kleinigkeiten fest, und nicht die durch Planlosigkeit verursachten gigantischen Verluste der Volkswirtschaft." Dann urgiert er einen forcierten Ausbau der Pensionistenheime und "bessere Bedingungen in den Beseirparks."

./.

Dr. Schmidt (FPÖ) nimmt den Kontrollamtsbericht genau unter die Lupe. Er betont, es komme nun schon zum viertenmal vor, daß ein positiver Rechnungsabschluß einem negativen Budget folge. Im Winter sei der städtische Finanzreferent immer Zweckoptimist, um im Sommer mit einem Überschuß aufzuwarten. Die Prüfungen der Beamten des Kontrollamtes der Stadt Wien seien mehr als human, stellte Schmidt fest. Das Kontrollamt gehe mit tödlicher Sicherheit an den heißen Eisen vorbei. So kümmerge es sich nicht darum, daß beim Bau des Hauses der Begegnung in Liesing von 4 Millionen Schilling tatsächlich nur 87.000 Schilling verbaut wurden.

Auf die Rathausmilliarde eingehend erklärte Dr. Schmidt, daß dieser Betrag zwei Jahresraten des U-Bahn-Baues decken könnte.

GR. Dr. Goller (ÖVP) stellt in seiner "Jungferrede" zunächst fest, daß Finanzstadtrat Slavik bei der Erstellung des Voranschlages ein sehr düsteres Bild gezeichnet habe. So meinte er beispielsweise, daß bei der Lohn- und Einkommensteuer ein Abgang von 350 Millionen zu erwarten sei. Tatsächlich fehlen nur 53 Millionen. Die erwartete Minderung der Erbschafts- und Schätzungssteuer habe in Wirklichkeit einen Ertrag von 4,4 Millionen Schilling erbracht. Vom Finanzausgleich habe sich Slavik für die Jahre von 1966 bis 1972 Mehreinnahmen von 415 Millionen Schilling errechnet. Allein die Jahre 1967/68 hätten solche von 511,6 Millionen Schilling erbracht, so daß auf die von Slavik angesagte Summe für die kommenden vier Jahre nur mehr 96 Millionen Schilling fehlen.

Die heute hervorgehobene "Konjunkturspritze" seitens der Stadt in der Höhe von 88,3 Millionen Schilling werde seitens der ÖVP als Wirtschaftsförderung zwar begrüßt, aber man möge doch bedenken, daß sie lediglich acht Prozent der Mehrausgaben des heurigen Jahres darstellen.

Der Redner kritisierte sodann, daß keiner der Gemeinderäte etwas über den Verbleib der 1,9 Milliarden Schilling Guthaben bei den Wiener Banken und auch deren Verzinsungsbeträge wisse.

Gestiegen seien hingegen die Ausgaben für den Presse- und Informationsdienst und die Werbungskosten von vorgesehenen fünf Millionen auf 10,6 Millionen. Die so sehr gestiegenen Werbungskosten werden mit den Ausgaben für die Ausstellung "50 Jahre Republik" begründet.

In diesem Zusammenhang gebe man zu bedenken, daß für das Diaskop ein Mietvertrag mit dem EKAZENT bis zum Jahr 1973 mit einer jährlichen Miete von 750.000 Schilling abgeschlossen wurde. Diesen extravaganten Mietvertrag sollte man revidieren. Auch möchte man gerne etwas über den Tochterbetrieb der Zentralsparkasse, die Ekazent, und über die Vorgänge in der Zentralsparkasse erfahren. Er stellte den Antrag, der Bürgermeister von Wien möge über den Stadtsenat veranlassen, daß bei der Zentralsparkasse eine Überprüfung durchgeführt und die Ergebnisse dem Gemeinderat mitgeteilt werden.

GR. Maria Hlawka (SPÖ) befaßte sich ebenfalls mit dem Kontrollamtsbericht und stellte fest, daß die darin erwähnte Anspannung auf dem Gebiet des Personals der Krankenpflegeanstalten und Kindergärten zwar noch immer bestehe, aber demnächst schon gewisse Erleichterungen zu erwarten sind. Hinsichtlich der Wiener Festwochen forderte die Rednerin einen höheren Beitrag des Bundes als bisher und verwies dabei auf die Bregenzer und Salzburger Festspiele

GR. Fritz Hahn (ÖVP) befaßte sich besonders mit dem Kapitel Wohnbauförderung und führte aus, daß sich die düsteren Prognosen des städtischen Finanzreferenten über die Bundesmaßnahmen zum Wohnbau nicht erfüllt hätten. Es seien sogar 117 Millionen Schilling nach der Sozialen Wohnbauförderung und 48 Millionen nach der Wohnbauförderung 1968 nicht verbraucht, sondern den Sonderrücklagen zugeführt worden. Dies zeige am besten, daß alle Befürchtungen hinsichtlich der Auswirkungen bundesgesetzlicher Maßnahmen auf den Fortgang des öffentlichen Wohnbaues in der österreichischen Bundeshauptstadt unberechtigt gewesen seien.

Eine der Hauptaufgaben wird es sein, die vom Wohnbauförderungsbeirat positiv behandelten Ansuchen in ihrer Gesamthöhe möglichst rasch den Wohnungssuchenden und der Bauwirtschaft zugute kommen zu lassen. Derzeit kommt es leider vor, daß bewilligte Projekte oft erst nach mehr als einem Jahr in Angriff genommen werden. Unklar sei, warum auch die Mittel des Wiener Wohnbaufonds nicht zur Gänze verbraucht wurden.

Betrachtet man die Ziffern des Rechnungsabschlusses, müßte man zu der Meinung kommen, daß jeder die Eigenmittel für die Zuweisung einer Gemeindewohnung leicht aufgebracht habe. Es gibt jedoch keinerlei Zahlen oder Angaben, wieviele Wohnungssuchende eine Wohnung ablehnen mußten, weil für sie die Eigenmittelaufbringung zu hoch war. Vizebürgermeister Slavik habe es auch verstanden, eine gewaltige Einsparung bei den Reparaturen der Althäuser zu erzielen, was keineswegs zu begrüßen sei. Eine Verbesserung wäre auch hinsichtlich der Einkommensgrenze zur Erlangung der geförderten Genossenschaftswohnung notwendig, aber vor allem auch eine Verbesserung der Wohn- und Mietbeihilfen. Zu hoffen sei ferner, daß man bei der Wohnungsvergabe endlich zu einem gerechteren und vernünftigeren System kommen möge.

GR. Dr. Macher (ÖVP) erklärt, man könne selbst aus der behutsamen und rücksichtsvollen Ausdrucksweise des Kontrollamtsberichtes entnehmen, daß im Berichtsjahr einige Nachteile eingetreten seien oder der Eintritt solcher Nachteile befürchtet wird. Dazu gehört, daß Weisungen der Stadtbauverwaltung verletzt wurden, so werden zum Beispiel vereinbarte Vertragsgrenzen nicht beachtet. Es werden Aufträge zerstückelt, um die Kompetenzgrenzen zu umgehen und es wird um Kreditüberschreitungen nicht rechtzeitig angesucht. Es wird auch die Ausschreibung der zweiten Baustufe eines Straßenbaues nicht vorgenommen, sondern durch ein Anhängerverfahren ersetzt. Ein konkretes Beispiel sei die Instandsetzung des Arkadenhofes, der bereits fertig war, als man den Sachkredit bewilligte. Offenbar wird das verfassungsgemäße Genehmigungsverfahren, wie es in der Haushaltsordnung verankert ist, mißachtet.

Am 27. Jänner 1967 hat der Stadtsenat ein Versprechen abgegeben, daß die Gruppe Tiefbau und Verkehr ein umfassendes Ausbauprogramm für den Straßenbau erstellen werde. Leider haben wir es noch immer nicht.

Dr. Macher kommt auf den Binnenverkehr zu sprechen, den er als Wiener Stiefkind bezeichnet. "1,340.000 Pkw's laufen binnen 24 Stunden durch das Wiener Straßennetz im Binnenverkehr. Das Verhältnis Binnenverkehr zu übrigen Verkehr beträgt 80:20. Dennoch wird zu wenig für die Verbesserung des Binnenverkehrs getan." Er fordert deshalb den Ausbau der Hauptverkehrs- und Nebenverkehrsstraßen auf Landes- und Gemeindeebene.

Ing. Hofstetter (SPÖ) lobt die erfreuliche aktive Gebarung, die trotz ungünstiger Konjunkturlage mithilfe, die Reserven zu erhalten. "Wir haben prozentmäßig die Investsumme (von 1967) gehalten und allein der Bauwirtschaft fast vier Milliarden für Aufträge gegeben." Unter anderem wurden 280.000 Kinderheimplätze geschaffen und damit ein Impuls zur Wirtschaftsbelebung durch die für den Beruf freierwerbenden Mütter gegeben.

Ing. Hofstetter beschäftigte sich mit dem Kanalbau, Straßenbau und anderen Problemen des Bausektors. Er wies darauf hin, daß zum Beispiel beim Kanalbau gegenüber 1967 eine 50prozentige Produktionssteigerung erreicht werden konnte. Die Schwierigkeiten auf dem Bausektor bestünden für die Bauführer in erster Linie in der Koordinierung der verschiedenen Handwerkerarbeiten. Trotzdem schneidet die Stadt Wien bei den Kontrolloren sehr gut ab. Auf 1.600 Baustellen konnte das Kontrollamt nur 60 Beanstandungen vornehmen, die allerdings in kürzester Zeit der Vergangenheit angehörten.

Was den Wohnbau in Wien betrifft, so steht die Bundeshauptstadt im Bundesdurchschnitt ausgezeichnet da. Die Größe der in Wien errichteten Gemeindewohnungen beträgt heute 70,9 Quadratmeter. Der Ausstattungsstandard kann sich auch überall sehen lassen. 1968 wurden 94 Prozent der von der Gemeinde Wien errichteten Wohnungen mit Zentralheizungen ausgestattet.

Kurz kam Ing. Hofstetter auch auf die Müllbeseitigung in Wien zu sprechen. Auf diesem Sektor konnte die Produktivität der Arbeitskräfte im abgelaufenen Jahr um 45 Prozent gesteigert werden.

Wenn man verlangt, daß viermal so viel Geld als bisher in den Ausbau des Wiener städtischen Straßenverkehrs geworfen werden soll, dann könne er nur den Artikel aus der "Furche" "Aufgebrochenes Wien ohne Ende" zitieren und fragen, ob man also zuviel oder zuwenig für die Modernisierung des Verkehrs unternehme.

Gemeinderat Neusser (ÖVP) stellt fest, daß er von Vorhaben, die nur teilweise oder gar nicht ausgeführt wurden, sprechen wolle, obwohl sie im Voranschlag angeführt sind. Dazu gehört das Radstadion, von dessen Realisierung man Abstand nehmen mußte, weil die zunächst errechneten Kosten so unverantwortlich hoch waren. Die von der ÖVP initiierte Mehrzweckhalle wird ja nun wohl erbaut werden. An dieser Stelle sei es nicht uninteressant, einmal zu fragen, was eine Stadt wie Wien für ihre Planungen ausgibt. Im Voranschlag sind dafür 27 Millionen Schilling präliminiert, im Rechnungsabschluß 21 Millionen Schilling ausgewiesen. Was den Körpersport anlangt, so habe man an Stelle der vordisponierten 34,2 Millionen nur 20,7 Millionen verbraucht; dies in einer Zeit, wo jeder Arzt und Pädagoge über die Haltungsschäden unserer Kinder und Jugendlichen klagt. Als einen anderen Schwerpunkt bezeichnete man die Errichtung von Kindertagesheimen. Das in der Marktgemeindestraße im 23. Bezirk geplante Kindertagesheim, für das man eine Million Schilling bereitgestellt hat, fehlt überhaupt. Die Klagen über angeblich mangelnde oder überhaupt nicht vorhandene Budgetmittel des Bundes für das Allgemeine Krankenhaus sind nicht - wie die SPÖ-Fraktion stets auf's neue behauptet - Ursache dafür, daß es mit dem Bau des neuen Allgemeinen immer wieder Verzögerungen gibt. Von den 90 Millionen, die die Stadt in ihrem Voranschlag bereitgestellt hat, konnten 41 Millionen Schilling nicht verbraucht werden.

Zum Abschluß kritisierte GR. Neusser die Adaptierung des Hauses Albertgasse 23 im 8. Bezirk, die im Kontrollantsbericht schamhaft als "Haus für verschiedene Zwecke" bezeichnet werde. Tatsächlich sei dieses Haus als Standort für die dortige Bezirksorganisation der Sozialistischen Partei ausgewählt worden.

Nächster Redner war GR. Dr. Ferdinand Habl (ÖVP). Er stellte die Forderung auf, die Stadt Wien solle alle Betriebe abstoßen, die mit Verlusten arbeiten. Davon seien nur solche Unternehmungen auszunehmen, deren Führung durch die Bundeshauptstadt im öffentlichen Interesse liege.

GR. Franz Schreiner (SPÖ) unterstrich, der Gesamteindruck des Kontrollamtsberichtes sei der, daß hier eine Stadtverwaltung mit den besten Absichten und den bestgeeigneten Mitteln für das Wohl der Bürger zu sorgen bestrebt sei. Auf allen Bereichen kommunaler Tätigkeit sei es die tragende Mehrheitspartei des Hauses, die dafür sorgt, daß das Leben in der Bundeshauptstadt für alle ihre Bewohner schöner werde und man dürfe doch nicht vergessen, daß die letzte Instanz, der Wiener Wähler, vor gar nicht langer Zeit der Generalrichtung der Kommunalverwaltung sein Einverständnis in einem Maße erteilt habe, wie es nicht einmal von den Sozialisten erwartet worden sei.

Die Voraussetzung für die Leistungen der Stadtverwaltung ist nicht zuletzt eine ordentliche Finanzgebarung, die Kredite nur dort in Anspruch nimmt, wo man sie auch wirtschaftlich vertreten kann. Die von allen Rednern als erfreulich bezeichnete Rathaus-Milliarde sei jedoch bei einem 13 Milliarden-Budget nicht einmal in der Lage, den Finanzbedarf unserer Stadt für einen Monat zu decken. Wir können unsere Aufgaben nur dann erfüllen, wenn wir alle eifersüchtig darüber wachen, daß unsere Einnahmen nicht geschmälert werden. Leider hat die Bundespolitik der ÖVP-Alleinregierung zu einer Verringerung der Einnahmen aus den Ertragsanteilen geführt. Die Verschuldung unseres Staates hat sich in den letzten drei Jahren mehr als verdreifacht. Trotz diesem bedenklichen Wachen der Staatsverschuldung hat der Bund Steuer geschenke, nicht gerade für die Ärmsten unseres Landes, und damit zusammenhängende Einnahmeausfälle beschlossen. Diese Mindereinnahmen haben im hohen Ausmaß aber die Länder und Gemeinden getroffen und ihre Budgets bedeutend geschmälert.

Zu den Gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen: Sie werden oft kritisiert, und man vergißt darauf, welcher großen Beitrag diese rund 30 Betriebe für unsere Wirtschaft leisten. Der größte Teil dieser Unternehmungen arbeitet in freier Konkurrenz und muß sich gegen diese durchsetzen. Sie unterscheiden sich von den Privatbetrieben nur dadurch, daß sie von der Finanzgruppe und vom Kontrollamt überprüft werden. Die Vorgangsweise bei der WIGAST war die selbe wie sie beim Rathauskeller, beim Bellevue und im Fall Hübner beschlossen wurde. Hier hat die WÖK mit einem ganz kleinen Kapital eine Gründung gewagt, von der alle wissen, daß sie hundertprozentig gelungen ist. Der Redner dankt abschließend allen in diesen Betrieben Beschäftigten für ihren Beitrag, den sie im Interesse unserer Wirtschaft und unserer Stadt jahrzehntelang geleistet haben.

Schlußwort

Vizebürgermeister Felix Slavik erklärte in seinem Schlußwort, daß bei Bauaufträgen die vorgesehenen Beträge nicht immer ausgelegt werden können. Entweder liegen die Schwierigkeiten bei der Baugrundbeschaffung oder bei Verhandlungen mit dem Bund und anderen Gebietskörperschaften. Er unterstrich mehrmals, daß das Kontrollamt nicht saumselig prüfe. "Bei uns genügt nicht die Unterschrift irgendeines Direktors wie in der Privatwirtschaft". Der Bau von Pensionistenheimen wird in genügender Weise subventioniert.

Slavik kam im Verlauf seiner Ausführungen auch auf das Haus Armbrustergasse 15 im 19. Wiener Gemeindebezirk zu sprechen. Dieses Haus wird von Nationalrat Dr. Bruno Kreisky bewohnt, der wie Slavik erklärte, nie Eigentümer dieser Liegenschaft gewesen sei. Der jetzige Eigentümer, die Wiener Städtische Versicherung, habe den Kauf des Hauses Armbrustergasse 15 ordnungsgemäß durchgeführt. Sie erfüllte damit ihre Verpflichtung, Kapital auch in Grund und Boden anzulegen.

AKH: Auch wir bedauern, daß zu langsam gebaut wird, aber im vergangenen Jahr gab's eben eine schwierige Baustufe und außerdem einen 4-Monate-Zeitverlust wegen eines Anrainereinspruches.

Wieviel Zinsen wir haben? Rund 207 Millionen. Davon sind 27 Millionen Darlehenszinsen und 70 Millionen Bankzinsen. 1967 waren es nur 52 Millionen. Wie gut, daß man Geld auf der Bank hat.

Die Zentralsparkasse wird vom Prüfverband der Sparkassen überprüft und von unserem Kontrollamt. Selbstverständlich kann auch jederzeit der Rechnungshof kommen. Die "Z" hat nichts zu verbergen.

Bundestheater: Das Theater an der Wien ist das einzige Theater im Lande, das keine Unterstützung vom Bund erhält. "Im übrigen fordern wir nur das, was auch anderen zugebilligt wird, nämlich die Festwochen in der Hauptstadt zu fördern". Die ÖVP sei schlecht beraten, hier den Standpunkt der Bundesregierung einzunehmen.

Wohnbauförderung: Die Begutachtung erfolgt durch den Beirat, erst der Beschluß der Landesregierung weist Gelder zu. "Ich glaube nicht, daß Wohnungen wegen Beitragszahlungen zu den Baukosten abgelehnt werden. Wenn jedoch jemand glaubt, er müsse etwas geschenkt bekommen, weil es früher so war, so ist das seine Sache". Übrigens werden trotz Übergang von der Objekt- zur Subjektförderung nach wie vor Zinsenzuschüsse für Aufzüge, Kanäle etc. geleistet. Die meisten Verzögerungen im Baugeschehen seien nicht auf Koordinierungsschwierigkeiten zurückzuführen, sondern auf die mangelnde Bereitschaft von Anrainern bei der Grundablöse.

"Eines können wir aus der Diskussion entnehmen und darüber können wir im Interesse einer klaglos funktionierenden Verwaltung froh sein: Das Kontrollamt hat im großen und ganzen nichts Arges feststellen können."

Bei der Abstimmung werden der Rechnungsabschluß und der Kontrollamtsbericht mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen: Zum Rechnungsabschluß gab auch die FPÖ die Zustimmung. Alle in der Debatte eingebrachten Anträge wurden einstimmig zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Gestern im Arkadenhof:Jazz bei Zähneklappern
=====

10. Juli (RK) "Cool-Jazz" gab es, jedenfalls was die Temperatur anlangte, gestern abend bei der Jazz-Premiere im Arkadenhof des Wiener Rathauses. Trotz dem kalten Wetter war der Hof halbvoll. 1.500 meist jugendliche Konzertbesucher ließen es sich nicht nehmen, das "historische" Ereignis des ersten Jazzkonzertes im Arkadenhof mitzuerleben.

Von 20 bis 22.30 Uhr spielten vier Gruppen und gaben einen Querschnitt durch die verschiedenen Stilrichtungen des modernen Jazz. Dabei konnte man sich von dem hohen Standard der Wiener Jazzmusiker überzeugen; denn auch die mitwirkenden Ausländer leben seit vielen Jahren in unserer Stadt und fühlen sich als Wiener.

Als erstes spielte ein Studentencombo des Konservatoriums der Stadt Wien, dann das Rudi Wilfer-Trio und als dritter Programmpunkt Lukacz Costa, Gitarre und Rudolf Hansen, Baß. Den letzten Teil des Konzertes bestritt das Erich Kleinschuster-Sextett.

Das nächste Jazzkonzert - hoffentlich bei wärmerem Wetter - wird am 28. August im Arkadenhof veranstaltet. Dann steht Oldtimer-Jazz auf dem Programm.

- - -

Morgen Freitag:Kanadische Band bringt Ständchen im Rathaus
=====

10. Juli (RK) Morgen Freitag, 11. Juli, um 14 Uhr, bringt die Laurentian Symphonic Band aus Ottawa ein Ständchen im Arkadenhof des Wiener Rathauses. Bei Schlechtwetter im Festsaal.

- - -

Preisgünstige Gemüse und Obstsorten
=====

10. Juli (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Kochsalat 4 S, Erbsen 7 S, Gurken 5 bis 6 S je Kilogramm.

Obst: Marillen 6.50 bis 8 S, Wassermelonen 8 S, Bananen 7 bis 8 S je Kilogramm.

- - -

Rindernachmarkt vom 10. Juli
=====

10. Juli (RK) Kein Auftrieb.

- - -

Pferdenachmarkt vom 10. Juli
=====

10. Juli (RK) Kein Auftrieb.

- - -

Schweinenachmarkt vom 10. Juli
=====

10. Juli (RK) Unverkauft vom Vormarkt O. Neuzufuhren: 122, alles Durchläufer, Gesamtauftrieb dasselbe, verkauft alles, Marktverkehr sehr ruhig.

- - -

Gesperrt bis 19.30 Uhr!

Wiener U-Bahn-Abgabe: Nicht anders wie in München!

=====

10. Juli (RK) In einem Fernseh-Interview über die bevorstehende Dienstgeber-Abgabe in Wien zur Finanzierung der U-Bahn wurde Vizebürgermeister Felix Slavik über seine Meinung zu einer Behauptung des Finanzministers befragt, der erklärt hatte, in München werde die U-Bahn langfristig und ohne Einführung einer eigenen Steuer finanziert.

Vizebürgermeister Slavik sagte dazu, er wolle als Beispiele der U-Bahn-Finanzierung nicht gerade Paris oder London anführen, wo der Staat den gesamten U-Bahn-Bau bezahlt. Der Hinweis des Finanzministers gerade auf München sei aber überraschend, denn dort wird für die Finanzierung der U-Bahn der gleiche Personenkreis herangezogen wie in Wien. In München ist nämlich die Gewerbesteuer erhöht worden, eine Steuer, die dort ausschließlich der Gemeinde zugute kommt. Da die Gewerbesteuer in Österreich 50:50 mit dem Bund geteilt ist, geht dieser Weg bei uns nicht. Um zu einer ähnlichen Lösung wie in München zu kommen, wird bei uns die den gleichen Personenkreis betreffende Dienstgeber-Abgabe eingeführt.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes.)

Bilanz der Stadtwerke

Stadtrat Franz Nekula (SPÖ) der erst vor einem Monat mit der Führung der Wiener Stadtwerke betraut worden ist, berichtete zur Bilanz der Wiener Stadtwerke für 1968, daß parallel mit dem Konjunkturaufschwung in der österreichischen Wirtschaft auch erhöhte Energiebezüge einhergingen. Die Steigerung des Strombedarfes betrug 8,1 Prozent. Verglichen mit dem Jahr 1937 hat sich der Elektrizitätsbedarf um 516,6 Prozent erhöht. Um dem ständig wachsenden Bedarf zu entsprechen, wurde innerhalb der österreichischen Elektrizitätswirtschaft eine Koordinierung erzielt und darüber hinaus ein gemeinsames Ausbau- und Investitionsprogramm für die nächsten zehn Jahre erarbeitet. In diesem Ausbauprogramm sind die Wiener E-Werke mit drei neuen Erzeugungsanlagen mit einer Leistungsgröße von je 150 MW vorgesehen. Die Inbetriebnahme der drei Anlagen müsse in den Jahren 1973, 1976 und 1979 erfolgen. Als Standort für die Anlagen wurde ein Areal im 23. Bezirk erwählt. Entsprechende Veröffentlichungen in der Presse haben Unruhe unter der Bevölkerung hervorgerufen. Er stelle nachdrücklich fest, daß mit den dort ansässigen Siedlern Rücksprache gehalten wurde und sie - ordnungsgemäß entschädigt - abgesiedelt werden.

Durch den auf 23 Jahre laufenden Vertrag bezüglich der Lieferung von russischem Erdgas ist es möglich, größere als ursprünglich vorgesehene Mengen an Erdgas den Elektrizitätswerken zur Verfügung zu stellen. Daraus ergibt sich eine wesentliche Verbesserung der Brennstoffwirtschaft der E-Werke, als sie im Wirtschaftsplan vorgesehen war.

Mit einem Gewinn von 207,9 Millionen Schilling sind die E-Werke wiederum finanzielles Rückgrad der Wiener Stadtwerke. Die Ansätze des Erfolgsplanes wurden um 55,6 Millionen Schilling übertroffen.

Verglichen mit dem vergangenen Jahr ist die Nachfrage nach Stadtgas um 6,5 Prozent, das sind 47,8 Millionen Kubikmeter, gestiegen.

Es wurden 36.551 Meter neue Rohrleitungen verlegt; die Gesamtlänge des Rohrnetzes betrug Ende 1968 2,628.804 Meter, mit dem 770.044 Kunden versorgt wurden. 11.047 neue Gasabnehmer kamen hinzu. Durch den Bezug von russischem Erdgas, das den doppelten Heizwert des Wiener Stadtgases besitzt, kann die Kapazität des bestehenden Rohrnetzes verdoppelt werden. Freilich müsse vorher eine Reihe von Einzelfragen geklärt werden, so etwa jene, die den Geräteumtausch der rund 100.000 Sozialbedürftigen in Wien betrifft. Infolge der äußerst hohen Anschlußdichte im Wiener Raum wird die Umstellung auf Erdgas mindestens 15 Jahre in Anspruch nehmen.

Der ungünstige Geschäftsverlauf bei dem Sorgenkind der Wiener Stadtwerke, den Wiener Verkehrsbetrieben, hält weiter an. Die Beförderungsfälle sanken um 6,7 Millionen oder 1,5 Prozent im Linienverkehr. Gute Erfahrungen machte man mit den schaffnerlosen Beiwagen. 1968 stattete man die Linien 6, 16, 60 und 65 sowie die restlichen Stadtbahnstationen mit Fahrscheinentwertern aus. Die Umstellung der Stadtbahn auf Entwerter ist nunmehr abgeschlossen.

Im Zusammenhang mit Zeitungsmeldungen über Schwarzfahrer stellte der Referent fest, daß Schwarzfahren weder ein Kavaliersdelikt noch ein sportliches Ereignis ist, sondern einen Betrug an den Fahrgästen darstellt, die ordnungsgemäß ihre Fahrausweise bezahlen. Da es aber auch ein Betrug am Unternehmen ist, werden die Wiener Verkehrsbetriebe anstreben, in einem Modellprozeß das Problem des Schwarzfahrens und dessen Bestrafung zu klären. Sollten die Verkehrsbetriebe mit ihren Bemühungen abgewiesen werden, würde man gegen die Verkehrssünder auf Grund des § 44 des Eisenbahngesetzes wegen Ordnungswidrigkeit vorgehen. Für Vergehen dieser Art sind nach dem Eisenbahngesetz Strafen bis zu 10.000 Schilling oder zwei Wochen Arrest vorgesehen.

Eine aktive Gebarung weist auch 1968 die Städtische Bestattung auf, die einen Gewinn von 700.000 Schilling erzielte.

Laut Vermögensrechnung der Wiener Stadtwerke betrug das Eigenkapital Ende 1968 2.253,3 Millionen Schilling und das Fremdkapital 9.185 Millionen Schilling. Den Wiener Stadtwerken wurden im Berichtsjahr 400 Millionen Schilling durch eine Investitionsanleihe der Stadt Wien und 100 Millionen Schilling durch eine Auslandsanleihe zugeführt. Die Stadtwerke verfügten mit Jahresende über 176,7 Millionen Schilling an flüssigen Mitteln. Durch die Investitions-

anleihe konnten teilweise Ertragssteigerungen erzielt werden, die über dem Zinsendienst liegen. Ohne diese Investitionen wäre es auch den Verkehrsbetriebennunmöglich gewesen, Rationalisierungseffekte zu erzielen.

Debatte

GR. Peter (FPÖ) verweist darauf, daß man die triste Lage der Wiener Stadtwerke immer wieder beleuchtet, jedoch nie etwas unternimmt, das eine geringe Hoffnung auf eine Besserung zuläßt. Auch heuer schließen die Stadtwerke mit einem ungeheuren Defizit ab, der Verlust steigt ständig. Das Eigenkapital der Stadtwerke wird immer geringer und wird bald vollkommen aufgezehrt sein. Auch der neue Stadtrat hat keinerlei Vorschläge für eine Änderung der Situation gemacht.

Die E-Werke weisen immerhin noch einen Gewinn aus, doch ist auch dieser gegenüber dem Vorjahr geringer geworden, obwohl der Strombedarf ständig steigt. Zu schwache Steigleitungen und ungenügende Investitionen verhindern jedoch eine verstärkte Stromabgabe.

Bei den Gaswerken hat sich die Erfolgslage trotz des steigenden Bedarfes gleichfalls verschlechtert.

Die Beförderungszahlen bei den Verkehrsbetrieben sinken ständig. Trotzdem wurde der Forderung nach einem verbesserten Kundendienst nicht Rechnung getragen. Die betriebseigenen Verluste betragen 823 Millionen Schilling. Das heißt, daß die Verkehrsbetriebe ein tägliches Defizit von 2,26 Millionen Schilling aufweisen. Das sei eine äußerst traurige Bilanz. Noch trauriger sei es, daß im vorliegenden Bericht steht, daß alle Möglichkeiten der Rationalisierung ausgeschöpft sind. Wozu diene also die Studienfahrt von Vizebürgermeister Slavik durch europäische Städte, wenn man dort gewonnene Erkenntnisse nicht verwirklicht.

Der Redner erinnert an die Gemeinderatssitzung, in der Gemeinderat Gawlik von Stadträtin Dr. Schaumayer ein Sanierungskonzept verlangt habe. Er hoffe, daß dieses Konzept zumindest bis zu den Budgetverhandlungen von dem neuen Stadtrat vorgelegt werde.

GR. Hahn (ÖVP) kritisierte, daß die Budgetziffern sowohl beim Gas- als auch beim E-Werk um 6,5 Prozent überschritten wurden. Ebenso bezweifelte er, daß sich die Weltwirtschaft in einer rosigen Situation befindet. "Schauen Sie nach Frankreich und nach England mit seiner sozialistischen Regierung, ist dort vielleicht Konjunktur?"

Der Redner unterstrich, daß die Regierung Klaus im Jahre 1968 es zuwege brachte, daß in Österreich fast nicht gestreikt wurde. Die Position der Gas- und E-Werke bezeichnete Hahn als günstig. Die E-Werke konnten 1968 mit einem Gewinn von 207 Millionen aufwarten. Der Redner strich die Verdienste der ehemaligen Stadträtin für die Städtischen Unternehmungen Dr. Schaumayer bei der Umstellung auf Erdgasversorgung in Wien hervor. Er brachte im Namen seiner Fraktion einen Antrag ein, dem zuständigen Gemeinderatsausschuß über die Umstellung auf Erdgas die derzeit in Wien im Gange ist, Bericht zu erstatten.

Die Verkehrsbetriebe sind nach Meinung Hahns noch immer das Stiefkind. Man habe noch immer nicht begriffen, daß man sie mit genügend Kapital ausstatten müsse. Durch den verspäteten Bau der neuen Zentralwerkstätte waren beträchtliche Einsparungen verlorengegangen. Im Lagebericht könne man außerdem einen weiteren "Klagepunkt" für die negative Kapitalsausstattung nachlesen: 896 Millionen allein für Pensionslasten! Sozialtarife, Fremdkapitalzinsen und Pensionslasten zusammen seien also die Schuldposten.

Abschließend urgiert der Redner eine höhere Kapitalsausstattung seitens der Hoheitsverwaltung.

GR. Busta (SPÖ): Der ungünstige Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke wäre noch viel schlechter, hätte die Hoheitsverwaltung nicht ohnehin Zuschüsse geleistet". Die E-Werke hätten ihre Leistung um 6 Prozent verbessert die Gaswerke um 6,5 Prozent. Die Verkehrsbetriebe seien leicht rückläufig. "Hier sind es unter anderem Auflagen seitens der Aufsichtsbehörde, die uns viel kosten.

In Deutschland etwa macht man nur alle 500.000 Kilometer eine Wagenhauptrevision, bei uns müssen es 200.000 Kilometer sein." Außerdem werde bei jeder Lieferung von neuen Wagen, auch wenn diese aus einer Serie, die sich über mehrere Jahre erstreckt, stammen, neue Abnahmen verlangt. Das kostet Zeit und Geld.

Daß es keine Streikaktionen in der Zeit der Regentschaft Klaus gegeben habe, sei nicht Verdienst der Politik der Bundesregierung, sondern des über den Parteien stehenden Gewerkschaftsbundes.

Das Sanierungskonzept von Stadträtin Dr. Schaumayer wäre unzweckmäßig gewesen, weil es zu den Texten, die von der Generaldirektion erarbeitet worden sind, nur Feststellungen enthalten habe. Ein Konzept müsse mehr als Ansätze enthalten.

Nachdem sich der Redner mit dem "angeblichen Sozialtarifen" und der von Stadtrat Schaumayer dafür verlangten Rückerstattung durch die Stadt Wien sowie mit der Beförderungssteuer und ihrer Rückerstattung durch den Bund beschäftigt hatte, schloß er mit der Feststellung, daß es nicht der Aufforderung Peters bedurft habe: Selbstverständlich wird es Aufgabe des neuen Stadtrates sein, ein Sanierungskonzept dem Gemeinderat vorzulegen.

Schlußwort

In seinem Schlußwort kam Stadtrat Nekula auf den "latenten Kriegszustand" zwischen Wien und Niederösterreich zu sprechen, der durch den Versuch der NEWAG, Wiener Stromversorgungsgebiete in Niederösterreich zu verstaatlichen, entstanden ist. Er wies auf gleichartige Bemühungen der NEWAG im Jahr 1959 hin, die durch das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen mit dem Bescheid gestoppt wurden, daß die Landeshauptleute von Wien und Niederösterreich entsprechende Verhandlungen zu führen haben. Er ging in der Folge auf die Geschichte der Wiener Stromversorgung in Niederösterreich ein. Sie begann im Jahr 1906, als sich die niederösterreichische Gemeinde Rannersdorf als erste an die Stadt Wien mit der Bitte wandte, an das Wiener Stromnetz angeschlossen zu werden. Diesem Ersuchen folgten zahlreiche andere, weil sich die kleinen Gemeinden nicht imstande sahen, den steigenden Bedürfnissen in der Stromversorgung nachzukommen.

Die Stadt Wien übernahm gegen Ersatz der Kosten die vorhandenen Anlagen. Im Jahr 1941 wurde zwischen den "Gauwerken" Niederösterreich und Wien eine Einigung getroffen, in der bestimmte Gebiete als Versorgungsgebiet der jeweiligen Gauwerke für "immerwährende Zeiten" festgelegt wurden. Zu diesem Zeitpunkt fand zwischen den beiden Ländern durch Gebietsaustausche eine bis heute gültige Gebietsbereinigung statt.

1952 hat sich die NFWAG ausdrücklich als Rechtsnachfolgerin der Gauwerke Niederdonau AG erklärt und das Vertragswerk anerkannt. Sie hätte seither wiederholt die Möglichkeit gehabt, gegen diesen Bescheid Einspruch zu erheben. Es sei unbegreiflich, daß man in einer Zeit, wo der Energieverbund über die Grenzen hinweggeht, in Österreich einen derartigen Kantönligeist praktiziere.

Zu dem von GR. Hahn erwähnten Sanierungskonzept ist zu sagen, daß die Stadträtin im Ausschuß einen mündlichen Bericht erstattete, den Gemeinderäten jedoch nicht einmal die Unterlagen zur Verfügung stellte, die sie den Zeitungen übergab. Das zweite Konzept, ein sogenanntes Expose, dürfte nur im Hinblick auf die Gemeinderatswahlen erstellt worden sein.

Zur Kritik an höheren Abschreibungen: Es wurden nicht nur die Abschreibungen in größerem Ausmaß vorgenommen, sondern auch viel mehr Investitionen getätigt. Diese Investitionstätigkeit der Gemeinde Wien habe sich gerade in jenen Jahren besonders günstig ausgewirkt, als sich die wirtschaftliche Situation durch die Bundespolitik verschlechtert hatte.

Ein Sanierungskonzept werde selbstverständlich erarbeitet werden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Der von der ÖVP gestellte Antrag wird einstimmig zur weiteren Behandlung zugewiesen.

Besprechung der Mitteilung des Bürgermeisters

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) erklärt, der Vorfall der Gemeinderatssitzung vom 13. Juni sei in der Öffentlichkeit stark diskutiert worden, und man könne darüber nicht zur Tagesordnung übergehen. Die heutige Rede des Bürgermeisters sei ein gefühlvoller Rechtfertigungsversuch gewesen. Die Diskussion über die Entfernung Franz Olahs sei sehr zu Ungunsten von Bürgermeister Marek ausgefallen, und gerade die Bundesländer-Sozialisten im Parlament seien darüber besonders unglücklich, sagte Dr. Schmidt. Seine Fraktion, die FPÖ, halte das Vorgehen des Bürgermeisters allerdings nicht nur für unglücklich, sondern auch für ungesetzlich.

Zweifellos habe Franz Olah sein Gelöbnis gebrochen. Der Bürgermeister hätte allerdings - nach Paragraph 24 der Wiener Stadtverfassung - sofort das Disziplinarkollegium einberufen müssen. Dieses Kollegium hätte augenblicklich beraten und entschieden, wahrscheinlich auf Ausschluß von einer oder mehreren (höchstens aber drei) Sitzungen. Wäre Franz Olah dann noch immer nicht gegangen, so hätte der Antrag auf Mandatsverlust gestellt werden können.

Mit seiner tatsächlichen Vorgangsweise jedoch habe Bürgermeister Bruno Marek die Verfassung mißachtet, weshalb die FPÖ seinen Rücktritt fordere. (Stadtrat Heller (SPÖ): Das nehmen Sie doch selber nicht ernst!)

Der Antrag auf dringliche Behandlung wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP abgelehnt. Der Antrag wurde dem Magistrat zur weiteren Behandlung zugewiesen. Der Vorsitzende GR. Schreiner schließt um 17.23 Uhr die Sitzung).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Geehrte Redaktion!

Wir erinnern daran, daß morgen Freitag, den 11. Juli die Beratungen um 9 Uhr mit einer Sitzung des Wiener Landtages beginnen. Im Anschluß daran findet eine weitere Sitzung des Wiener Gemeinderates statt. Die Tagesordnung umfaßt 181 Punkte.

- - -